



Im Gemeinschaftsraum des Spitals können die Patienten spielen.



Die Räumlichkeiten sind vielfach nur behelfsmässig ausgestattet. BILDER FLORIAN RAINER FÜR NZZ

Der Kreml schafft eine Parallelwelt

Im Zuge des Kriegs weitet die Regierung die Zensur im Internet aus

CHRISTIAN STEINER

Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner schaut hin. So kann man derzeit die Zahlen des Suchdienstes Google in Russland beurteilen. Die Wortkombination «Krieg Ukraine» wird fast nicht mehr gesucht. Doch das gilt nur auf den ersten Blick. Denn das Wort «Krieg» ist für russische Medien verboten.

Zudem blockierte der Kreml seit Kriegsbeginn fast alle verbliebenen unabhängigen Medien und schränkte den Zugang zu mehreren beliebten ausländischen Nachrichtendiensten wie der BBC oder der Deutschen Welle ein. Am Freitagabend legte die Zensurbehörde Roskomnadsor nach und blockierte auch Facebook, Youtube und Twitter in Russland, um auf die angeblichen Zugangsbeschränkungen für russische Medien auf deren Plattformen zu reagieren, wie sie in einer Mitteilung schreibt.

User suchen nach «VPN»

Infolgedessen suchen die Russen im Internet nach den noch verbliebenen freien Informationen. Und diese kann man häufig nur noch mit einem VPN-Klienten abrufen, mit dem das Geo-Blocking der russischen Behörden umgangen werden kann. Das sieht man auch in den Suchanfragen deutlich: Das Wort «VPN» wird über Google viel öfter abgefragt als die Wortkombination «Krieg Ukraine». Damit man dann auch auf die richtigen Webseiten kommt, haben unabhängige Medienportale wie beispielsweise «Medusa» dazu schon vor einigen Tagen Anleitungen veröffentlicht, wie man weiter Zugang zu ihren Informationen haben kann.

Doch nicht nur Medienseiten sind von den Blockaden der Regierung betroffen. Die Zensurbehörde Roskomnadsor hat neben Facebook und Twitter auch die App-Stores von Apple und Google im Blick. Youtube wurde zudem von der Behörde aufgefordert, gegen «Falschinformationen» vorzugehen. Von der Video-Plattform wurde verlangt, Inhalte für russische Zuschauer unzugänglich zu machen. Das Vorgehen gegen freie Information im russischen Internet ist nicht neu. Die Behörden versuchen seit Jahren, die Kommunikation von Oppositionellen einzuschränken. Das Tempo hat sich in den vergangenen Tagen aber nochmals verschärft.

Angst vor dem freien Internet

Der Kreml sieht das Netz als Gefahr, seit sich im Jahr 2011 junge Menschen über soziale Netzwerke verabredet hatten, um gegen die Rückkehr von Wladimir Putin ins Präsidentenamt zu demonstrieren. Die grossen Menschenansammlungen haben den Funktionären im Kreml die Macht des Netzes vor Augen geführt. Seither versuchen die Behörden, die Freiheit im Internet einzuschränken.

Nach anfänglichen Schwierigkeiten und peinlichen Pannen wie einer missglückten Telegram-Blockade ist der Kreml dem «souveränen Internet» näher als je zuvor. Dabei hilft ihm auch eine strikte Gesetzgebung, um Firmen gefügig zu machen und notfalls strafrechtlich gegen ihre Mitarbeiter vorzugehen.

Bereits 2019 hat Russland die gesetzliche Grundlage für die Abkoppelung des russischen vom weltweiten Internet gelegt. Konkret könnte der Kreml jeder-

zeit den Zugang zum weltweiten Internet «unterbrechen» und dies mit einem nationalen Notstand begründen. Durch die Isolation der Internet-Infrastruktur könnten die russischen Behörden die Bevölkerung am Zugang zu westlichen Inhalten hindern. Und auch weniger drastische Optionen liegen auf dem Tisch. So sind die nun beliebten VPN-Verbindungen eigentlich in Russland offiziell verboten. Die Zensurbehörde könnte viele von ihnen mit technischen Mitteln lahmlegen.

Eigene Alternativen

Daneben kann sich der Kreml auch auf die amerikanischen Internetriesen Facebook, Google und Apple einschieseln. Nach den harten Sanktionen aus Washington und Brüssel kommt eine Vergeltungsaktion gegen amerikanische Firmen vielen in Moskau wohl gelegen.

Russland käme dabei entgegen, dass das Land bereits eigene Alternativen hat. So ist sein wichtigstes soziales Netzwerk, VKontakte, seine Suchmaschine Yandex, seine Videoplattform Rutube und sein wichtigster E-Mail-Provider mail.ru bereits unter starker Kontrolle des Staates. Die Zensurbehörde Roskomnadsor hat dort bereits Suchergebnisse blockiert und kann kremlkritische Gruppen leicht entfernen.

Experten befürchten, dass sich damit in Russland eine Parallelwelt mit eigenen Apps und Unternehmen bilden könnte, ähnlich zu der in China. Der Generaldirektor der BBC hat nach der Sperrung des russischen Dienstes gesagt, dass das erste Opfer eines Konflikts die Wahrheit sei. In Russland wird diese vorerst zumindest besser versteckt.

Droht der Ukraine das Schicksal Tschetscheniens?

Putins Hoffnung auf einen Blitzsieg ist verflogen – ein grausamer Krieg und eine lange Besatzung könnten folgen

REWERT HOFFER

Selbst Wladimir Putin konnte nichts beschönigen, als er 2004 im Helikopter über Grosny flog. Die tschetschenische Hauptstadt sehe «schrecklich» aus, stellte der russische Präsident fest. Ein Jahr zuvor hatte die Uno Grosny zur am schwersten zerstörten Stadt der Welt erklärt.

Heute führt Putin keinen Krieg gegen eine kleine abtrünnige Republik im Kaukasus mit weniger als 1 Million Einwohnern, sondern gegen das flächenmässig zweitgrösste Land Europas mit 41 Millionen Einwohnern, das seit über drei Jahrzehnten unabhängig ist. Dennoch deutet einiges darauf hin, dass sich die russische Taktik und Strategie in den nächsten Tagen am tschetschenischen Vorbild orientieren könnte.

Einen Trümmerhaufen erobert

In den vergangenen russischen Kriegen gegen Georgien 2008, den Militäroperationen in der Ukraine seit 2014 und dem russischen Engagement in Syrien ab 2015 war Putin immer darauf bedacht, den Einsatz russischer Bodentruppen möglichst gering zu halten. Die jetzige Invasion in der Ukraine ist am ehesten mit dem zweiten Tschetschenienkrieg zu vergleichen.

Sicherheitsexperten warnen davor, dass die anfänglichen Misserfolge des russischen Militärs zu einer erhöhten Brutalität und zu verstärkten Luftangriffen auf ukrainische Grossstädte führen könnten. In den letzten Tagen kündigte sich tatsächlich ein Strategiewechsel an: In den grossen Städten Charkiw und Melitopol beschloss die russische Artillerie gezielt dichtbesiedelte Gebiete. Auch sind mehr russische Kampffjets im Einsatz als zu Beginn der Invasion. Droht Kiew das gleiche Schicksal wie Grosny?

Es war der erste Krieg, den Putin führte, zuerst als Ministerpräsident, ab Mai 2000 als Präsident: Im August 1999 begann die russische Luftwaffe, Gebiete

an der tschetschenischen Grenze zu bombardieren, im gesamten September flogen russische Kampffjets 1500 Einsätze in Tschetschenien und der Nachbarrepublik Dagestan. Am 1. Oktober überschritten Soldaten auf Befehl Putins die Grenze.

Bereits unter Putins Vorgänger Boris Jelzin hatte Russland zwischen 1994 und 1996 einen misslungenen Krieg gegen das kleine Tschetschenien geführt, der Zehntausende Zivilisten das Leben kostete und enorme Zerstörungen verursachte. Nach dem Waffenstillstandsabkommen war Tschetschenien de facto eine unabhängige Republik. Nur drei Jahre später, am Weihnachtstag 1999, begann der russische Sturm auf Grosny mit mehr als 200 000 Einwohnern. Die tschetschenischen Kämpfer leisteten erbitterten Widerstand. Trotz den massiven Luftangriffen im Vorfeld dauerte es über einen Monat, bis die russische Armee die Stadt kontrollierte. Am 1. Februar 2000 eroberten Putins Truppen unter hohen Verlusten einen Trümmerhaufen.

Wie auch in der Ukraine wurde der Einmarsch in Tschetschenien vom Kreml nie als Krieg bezeichnet. Offiziell war die Invasion eine «antiterroristische Operation». Auslöser waren Bombenanschläge in Russland, die angeblich tschetschenische Terroristen verübt haben sollen. Das allgemeine Gefühl der Unsicherheit führte dazu, dass die russische Bevölkerung einen Einsatz gegen Tschetschenien fast schon von der Regierung einforderte. Dies sei ein wichtiger Unterschied zum Krieg in der Ukraine, sagt Gerhard Mangott, Professor für internationale Beziehungen mit Schwerpunkt Sicherheit im postsowjetischen Raum an der Universität Innsbruck: «Der Krieg hat Putins Popularität massiv gesteigert. Fast zwei Jahre lang überwog die Zustimmung zum Tschetschenienkrieg in der russischen Bevölkerung.» Diese Ausgangsposition sei eine komplett andere gewesen als

heute. Auch weil die Tschetschenen über Jahrzehnte in der russischen Öffentlichkeit und Kultur negativ besetzt gewesen seien, sagt Mangott. Die Ukrainer wurden von Putin hingegen als «Brudervolk» bezeichnet.

Die «antiterroristische Operation» in Tschetschenien wurde offiziell erst knapp zehn Jahre später, im April 2009, beendet. Russland konnte den Krieg gewinnen, weil es lokale Eliten auf seine Seite zog, die eigene militärische Einheiten kommandierten. Seit 2007 herrscht Ramsan Kadyrow als Präsident über die russische Teilrepublik Tschetschenien.

Die Gefahr wächst

In der ersten Kriegswoche in der Ukraine hat sich das russische Militär noch vergleichsweise zurückgehalten. Vor allem die Luftwaffe hat noch nicht ihre verheerende Wirkung wie in Grosny entfaltet. Doch Gerhard Mangott will nicht ausschliessen, dass Kiew oder anderen ukrainischen Städten ein ähnliches Schicksal drohen könnte. Eines sei zumindest klar: «Putin hat keine Möglichkeit zurückzuweichen. Er kann nur eine Eskalation und Brutalisierung des Krieges einleiten, um seine geopolitischen Ziele zu erreichen.»

Angesichts der unterschiedlichen Ausgangslage solle man die Parallele zu Tschetschenien nicht vorschnell ziehen, sagt Mangott. Die Wahrscheinlichkeit, dass die russischen Streitkräfte auf Flächenbombardements von Städten und Gewalt gegen die Zivilbevölkerung zurückgriffen, steige aber, je länger der Krieg andauere. Je zermürbender die Besetzung sei, je mehr Opfer es auf russischer Seite gebe, umso mehr werde auch die Bereitschaft zu Gewalttaten gegen Zivilisten zunehmen, meint Mangott.

Auch der Militäranalytiker Michael Kofman geht davon aus, dass die russische Luftwaffe schon bald vermehrt ukrainische Ziele angreifen werde.

Einen verlustreichen Häuserkampf in den grossen Städten will die russische Armee wohl um jeden Preis vermeiden. Deshalb dürfte sie zunächst auf eine Bombardierung aus der Ferne und aus der Luft setzen.

Jahrelanger Guerillakrieg

Eine Analyse des Tschetschenienkriegs von Paolo Calzini, Professor für internationale Politik, kommt zum Schluss: «Ein Krieg, in welchem der überlegene Akteur nicht gewillt ist, Konzessionen zu machen, während die weit unterlegene Gegenseite fest entschlossen ist, nicht zu kapitulieren, muss sich zwangsläufig in die Länge ziehen.» Nach der schnellen Eroberung Grosnys musste die russische Armee noch viele Jahre einen Guerillakrieg in den Bergen des Kaukasus führen. Zu einer ähnlichen Entwicklung könnte es auch in der Ukraine kommen. Wenn das russische Militär die von Putin formulierten Ziele erreichen will, braucht es die Kapitulation und die Einsetzung einer russischen Marionettenregierung in der Ukraine.

Eine russlandtreue Regierung gegen den Widerstand der Bevölkerung kann Moskau nur mit einer enormen Besatzungsmacht absichern. Die jetzt zusammengezogenen 190 000 Soldaten würden dafür bei weitem nicht ausreichen. Die russischen Okkupanten müssten wahrscheinlich über Jahre ukrainische Partisanen bekämpfen, ähnlich wie in Tschetschenien. Es sei ein Szenario, mit dem er rechne, sagt Mangott. Immerhin haben sich viele Ukrainerinnen und Ukrainer bereits seit Wochen auf einen solchen Fall vorbereitet. Zudem ist die von Kämpfen bis anhin verschont gebliebene Westukraine bis heute ein Reservoir überzeugter ukrainischer Nationalisten.

Sollte sich ein Tschetschenien-Szenario für die Ukraine bewahrheiten, müsste mit vielen Opfern, viel Leid und Zerstörung gerechnet werden.

«Putin kann nur eine Eskalation und Brutalisierung des Krieges einleiten, um seine geopolitischen Ziele zu erreichen.»

Gerhard Mangott
Professor für internationale Beziehungen an der Universität Innsbruck